

# Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

## AKTUELL

### Schweiz: Es bleibt wohl bei sieben Mia Defizit

Bern (AP) Der Schweizer Bundeshaushalt wird im laufenden Jahr voraussichtlich mit einem Defizit in der budgetierten Grössenordnung von sieben Milliarden Franken abschliessen. Diese Voraussage machte das Finanzdepartement am Dienstag aufgrund der Fiskaleinnahmen nach drei Quartalen. Die quartalsweise publizierten Zahlen bringen weder eine positive noch eine negative Überraschung. Mit Einnahmen von total 24,2 Milliarden Franken wurde der Vorjahreswert nach neun Monaten zwar um mehr als zwei Milliarden Franken überschritten. Gegenüber der Lagebeurteilung zur Jahresmitte und dem Budget entspricht dies jedoch keiner wesentlichen Abweichung.

### Blocher gegen Bevormundung in Europafrage

Bern/Zürich (AP) Der Zürcher SVP-Nationalrat Christoph Blocher will sich in der Europafrage nicht bevormunden lassen. Er lehnt einen Vorschlag von FDP-Präsident Franz Steinegger ab, vor den Verhandlungen mit der EU eine verbindliche Konferenz zwischen Bundesrat und Regierungsparteien einzuberufen, wie er am Dienstag sagte. Er sei aber immer zu Gesprächen mit dem Bundesrat bereit. Steinegger hatte nach dem Ja des EU-Aussenministerrats zu bilateralen Verhandlungen vom Montag verlangt, den Spielraum für die bevorstehenden Verhandlungen «unter Einbezug der Europagegner» auszuloten.

### Schweiz setzt Ausschaffungen nach Sri Lanka fort

Bern (AP) Nach einer Woche Unterbruch hat das Schweizer BFF Anfang dieser Woche wieder grünes Licht für Rückschaffungen nach Sri Lanka gegeben. Wie BFF-Pressesprecher Roger Schneeberger sagte, sollten am Dienstag vier Tamlilen die Rückreise antreten. Sie hätten sich indessen durch Untertauchen der Ausschaffung entzogen.

### Maturitätsregeln werden anfangs 1995 beschlossen

Bern (AP) Die neuen Maturitätsregeln sollen anfangs 1995 definitiv beschlossen und mit einer achtjährigen Übergangszeit in Kraft gesetzt werden. Dies gaben Vertreter der EDK am Dienstag in Bern im Anschluss an die Jahresversammlung bekannt. Die Kantone werden zudem ersucht, das Schuleintrittsalter zu harmonisieren. Die Anerkennung der Diplome wird vorerst in 17 Kantonen Tatsache. Die Maturitätsreform steht laut der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) vor dem Abschluss. So soll ein Maturitätslehrgang mindestens vier Jahre umfassen. Ein dreijähriges Gymnasium sei allerdings möglich, sofern auf der Sekundarstufe I eine gymnasiale Vorbildung stattfindet.

### Anton Schaller will Regierungsrat werden

Zürich (AP) Der Fernsehmann Anton Schaller steigt für den LdU in den Zürcher Regierungsrats-Wahlkampf. Wie das Fernsehen DRS gestern bekanntgab, muss die Kandidatur noch von einer LdU-Delegiertenversammlung abgesegnet werden. Mit sofortiger Wirkung ziehe sich Schaller aber vom Bildschirm zurück und gebe sämtliche politisch-publizistischen Leitungsaufgaben auf.



EFTA-Generalsekretär Johannsson und seine Gattin wurden zusammen mit Regierungsrat Dr. Michael Ritter und Gemahlin von S.D. Hans-Adam II. auf Schloss Vaduz empfangen.



EFTA-Generalsekretär Kjartan Johannsson begrüsst Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel. In der Bildmitte Regierungschef Dr. Mario Frick. Links Protokollchefin Aldina Sievers-Nutt. (Bild: Beat Schurte)

## Über die EFTA-Zukunft wird der Ministerrat entscheiden

EFTA-Generalsekretär Johannsson weilte am Montag zu Antrittsbesuch in unserem Land – Gespräche über Zukunft von EFTA und EWR

(G.M.) – Die Gespräche, die EFTA-Generalsekretär Kjartan Johannsson am Montag mit Mitgliedern der Regierung sowie mit Fürst Hans-Adam II. führte, drehten sich nach Angaben des Presse- und Informationsamtes der Regierung vor allem um die Fragen nach der Zukunft der EFTA und des EWR. Der EFTA-Generalsekretär, der erst am 1. September 1994 in sein Amt gewählt wurde, stattete unserem Land seinen Antrittsbesuch ab.

EFTA-Generalsekretär Johannsson wurde von Regierungsrätin Dr. Andrea

Willi, der zuständigen Ressortinhaberin für Aussenpolitik, empfangen. Auf dem Besuchsprogramm stand ein Höflichkeitsbesuch bei Regierungschef Dr. Mario Frick und Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel. Mit Regierungsrätin Willi und Regierungsrat Dr. Michael Ritter traf Johannsson zu einem Arbeitsgespräch zusammen. Inhalt des Gesprächs bildeten vor allem Fragen der europäischen Integration, wie das Presse- und Informationsamt mitteilte, insbesondere die Zukunft der EFTA und der Beitritt Liechtensteins zum Abkommen

über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Anschliessend wurde der EFTA-Generalsekretär, der in Begleitung seiner Frau in unser Land gereist war, von Fürst Hans Adam II. auf Schloss Vaduz empfangen.

### EFTA vor unsicherer Zukunft

Die EFTA steht, wie der neugewählte Generalsekretär Kjartan Johannsson bei seinem Amtsantritt vor zwei Monaten erklärte, vor einer unsicheren Zukunft. Allerdings sagte er damals auch, dass vor Abschluss der Referenden in den nord-

ischen Staaten Finnland, Norwegen und Schweden über den EU-Beitritt keine endgültigen Entscheidungen über die Zukunft der EFTA getroffen werden könnten. Johannsson stellte bei seinem Amtsantritt in Aussicht, dass über die künftige Grösse und Gestalt der Organisation voraussichtlich anlässlich der EFTA-Ministerratstagung am 13./14. Dezember in Genf entschieden werden könne.

Nach Johannsson ist es wichtig, dass die EFTA-Institutionen trotz des zu erwartenden Ausscheidens von vier bisherigen Mitgliedern weiterhin flexibel und funktionstüchtig bleiben müssen, um den Interessen ihrer Mitgliedstaaten bis zum tatsächlichen EU-Beitritt dienen zu können. In diesem Zusammenhang unterbreitete er auch den Vorschlag, einen Budgetantrag vorzulegen, der die Aktivitäten im ersten Halbjahr 1995 abdecke. Dies sollte den verbleibenden Mitgliedstaaten genügend Zeit für eine Anpassung an die neue Situation einräumen.

Bei seinem Amtsantritt hatte sich EFTA-Generalsekretär Johannsson auch zur Frage der Zukunft des EWR geäußert. Nach seiner damals geäußerten Auffassung wünsche Island den EWR beizubehalten, allerdings in einer seiner Grösse und seinen Ressourcen angemessenen Form. Er wies ebenfalls darauf hin, dass das Fürstentum Liechtenstein vor dem EWR-Beitritt stehe, so dass der EWR möglicherweise nur aus diesen beiden kleinen Ländern bestehe. Die osteuropäischen Staaten haben nach seiner Ansicht kein Interesse, dem EWR beizutreten, da sie sofort die EU-Mitgliedschaft erwerben wollen.

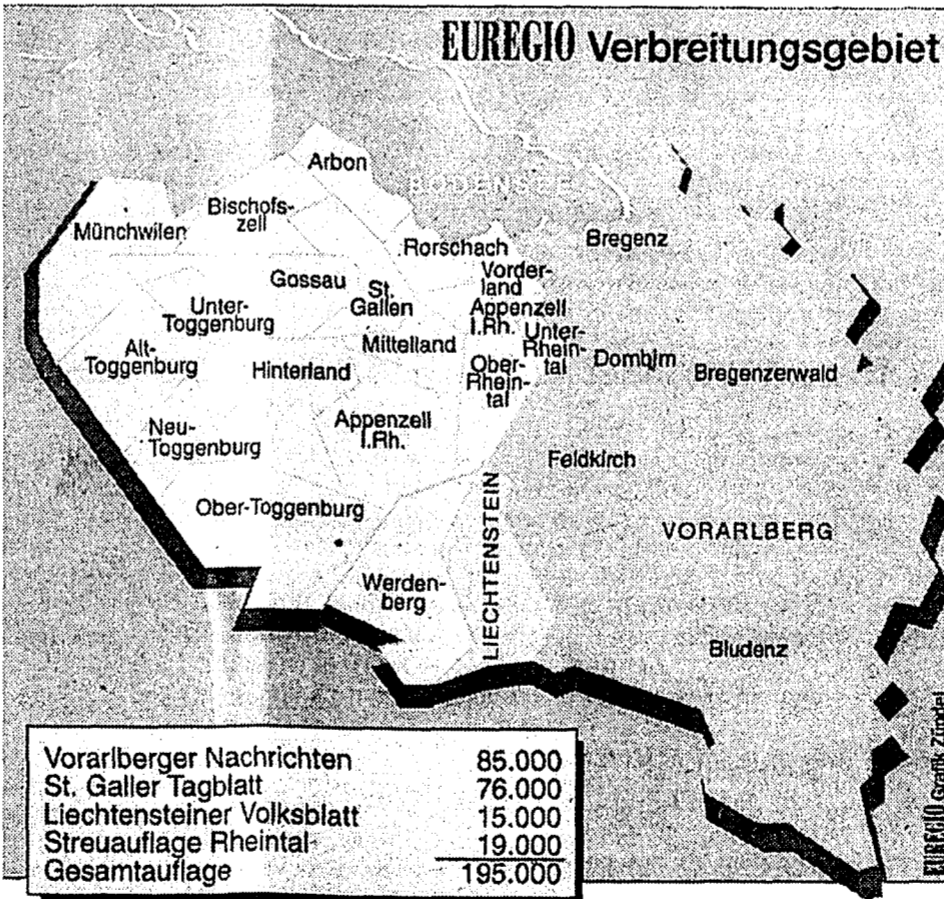
## Morgen erscheint die Zeitungsbeilage EUREGIO

Gemeinschaftszeitung von Liechtensteiner Volksblatt, Vorarlberger Nachrichten und St. Galler Tagblatt

EUREGIO – eine Region kommt sich näher. Nach diesem Motto und vor der europäischen Integrationspolitik mit dem Überwinden bisheriger Grenzen haben sich Liechtensteiner Volksblatt, Vorarlberger Nachrichten und St. Galler Tagblatt zusammengeschlossen, um in regelmäßigen Abständen eine Gemeinschaftszeitung herauszugeben. EUREGIO, wie diese Zeitung heisst, wird morgen als Beilage diesen drei Zeitungen beiliegen.

Die EUREGIO-Premiere hatte es im November 1992 gegeben, also unmittelbar vor der Entscheidung im Fürstentum Liechtenstein und in der Schweiz über den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum. Der Erfolg von EUREGIO war sehr gross. Er bestärkte die drei Verlage, mit diesem gemeinsamen Zeitungsprodukt weiterzufahren.

Inzwischen ist die Idee einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, auch auf dem Zeitungssektor, noch aktueller geworden. Das Fürstentum Liechtenstein steht nach einem ersten positiven Entscheid zum Europäischen Wirtschaftsraum vor der 2. Volksabstimmung, Österreich als bisheriges EWR-Mitglied vollzieht den EU-Beitritt, die Schweiz steht vorerst abseits.



## EU gibt grünes Licht für bilaterale Verhandlungen

Schweizer Bundesrat zeigt sich erfreut – Mandate in fünf Bereichen – Verkehrsverhandlungen ausgeklammert

Luxemburg/Bern (AP) Der EU-Aussenministerrat hat am Montag nach fast zwei Jahren erwartungsgemäss grünes Licht für bilaterale Verhandlungen mit der Schweiz gegeben. Bundespräsident Otto Stich wertete die Nachricht auch im Hinblick auf das noch ausgeklammerte Mandat für Verkehrsverhandlungen positiv. Auch für den freien Personenverkehr erhofft sich Stich eine Lösung im Interesse aller.

Nach dem Nein der Schweiz zum EWR-Beitritt im Jahre 1992 soll die EU-

Kommission nun Verhandlungen in den Bereichen Landwirtschaft, Forschung, freier Personenverkehr, öffentliches Beschaffungswesen und Abbau technischer Handelshemmnisse führen. Bis zur Erteilung eines Verhandlungsmandats im Verkehrsbereich wollen die zwölf noch den EU-Verkehrsministerrat vom 21. November abwarten, bei dem die Erläuterungen Berns zur Umsetzung der Alpen-Initiative geprüft werden sollen. Die EU will verhindern, dass die Verlagerung des Gütertransitverkehrs von der Strasse auf

die Schiene zu Lasten ihrer heimischen Transporteure geht. In ihrer Erklärung zum Verhandlungsmandat betonten die Zwölf abermals ihre Absicht, mit der Schweiz Verhandlungen nur über ein Gesamtpaket zu führen. Für den Bundesrat sei die Nachricht aus Luxemburg in doppelter Hinsicht positiv, sagte Bundespräsident Stich an einer Pressekonferenz. Neben der Eröffnung bilateraler Verhandlungen habe die Europäische Union (EU) nämlich auch im Verkehrsbereich ein Zeichen gesetzt.

## Jahresteuierung bei 0,4 Prozent

(AP) Die Ruhe an der Teuerungsfrent hat sich im Oktober fortgesetzt. Das Preisniveau in Liechtenstein und der Schweiz ging laut BFS gegenüber dem Vormonat gar um knapp 0,1 Prozent zurück. Die Jahresteuierung sank auf 0,4 Prozent, verglichen mit 0,6 Prozent im September und 3,4 Prozent vor Jahresfrist. Für 1995 wird ein mehrwertsteuerbedingter Anstieg der Teuerung auf rund 2,5 Prozent erwartet.

Der Landesindex der Konsumentenpreise ging im Oktober um 0,08 Prozent zurück und machte wie im September 100,9 Punkte aus, wie das Bundesamt für Statistik (BFS) am Dienstag mitteilte. Es handelte sich um den zweiten Rückgang des Preisniveaus im Monatsvergleich seit dem vergangenen Mai. Auch die Jahresrate bildete sich dank günstigem Basiseffekt wieder auf das im Mai erreichte Tief von 0,4 Prozent zurück.